

**2226/AB XXIV. GP**

---

**Eingelangt am 24.07.2009**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

BM für Wissenschaft und Forschung

## **Anfragebeantwortung**



Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

BMWF-10.000/0193-Pers./Org.e/2009

Frau Präsidentin  
des Nationalrates  
Mag. Barbara Prammer  
Parlament  
1017 Wien

Wien, 24. Juli 2009

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2234/J-NR/2009 betreffend „Gender Mainstreaming“ in Österreich und deren Auswirkungen auf die Familienfreundlichkeit, die die Abgeordnete Anneliese Kitzmüller und weitere Abgeordnete am 28. Mai 2009 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Einleitend ist darauf hinzuweisen, dass das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung erst durch eine Novelle zum Bundesministeriengesetz mit Wirkung vom 1. März 2007 wieder errichtet wurde. Daher wird hinsichtlich der Jahre 2005 bis 2006 auf die Beantwortung der Anfrage Nr. 2231/J-NR/2009 durch die Frau Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur verwiesen.

### Zu Fragen 1 bis 5:

Im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung wurde noch keine Genderanalyse durchgeführt. Eine solche Analyse war bis dato auf Grund des kurzen Zeitraumes seit der Neuerrichtung im März 2007 noch nicht möglich. Es wurde aber eine Arbeitsgruppe „Gender Mainstreaming“ im Ressortbereich eingerichtet, welche sich intensiv mit dieser Thematik auseinandersetzt.

Zu Frage 6:

Zum Stichtag 1. Juni 2009 betrug der Frauenanteil (exklusive Ersatzkräfte) im Ressort (Zentralleitung, Wissenschaftliche Anstalten und Angelegenheiten der Studierenden) mit Ausnahme der ausgegliederten Einrichtungen 54,7 %.

Zu Fragen 7 bis 10:

Im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung existieren derzeit noch keine Studien über die Familienfreundlichkeit für die Beschäftigten im Ressort.

Es gibt auch keine Studien über die Familienfreundlichkeit in Bezug auf Universitäten. Im Wege der Leistungsvereinbarungen wird das Thema allerdings zur Sprache gebracht und es werden für jede Universität spezielle Vorhaben verhandelt. Im Rahmen der Begleitgespräche zur laufenden Leistungsvereinbarungsperiode wurde das Thema regelmäßig angesprochen.

Verwiesen wird auf den Bericht zur sozialen Lage der Studierenden, der auch das Thema von Studierenden mit Betreuungspflichten behandelt.

Zu Fragen 11 und 12:

Im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung sind mit Ausnahme der ausgegliederten Einrichtungen bei 494 Bediensteten insgesamt 928 Kinder im Personalinformationssystem (pmSAP) erfasst.

Zu Fragen 13 bis 16:

Da aus der Anfrage nicht hervorgeht, um welche Arbeitsgruppe es sich handelt, ist eine Beantwortung der Fragen nicht möglich.

Der Bundesminister:  
Dr. Johannes Hahn e.h.